

Bezugpreis: Vierteljahr 2.- M., monatl. 1.- M., frei ins Haus, wozu jährlich Postbezug: Monatlich 1.- M., etc.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die alljährliche Kompensationsliste kostet 1.50 M. „Alte Anzeigen“, das letztgedruckte Wort 60 Bsp.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 8. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Ein englischer Alarmruf.

Auch England hat schwer mit finanziellen Fragen zu kämpfen. Im Unterhause erklärte Chamberlain:

Wenn die Ausgaben nicht vermindert werden und die Produktion nicht vermehrt wird, so geht das Land geraden Wegs dem Bankrott entgegen.

Der Ruf richtet sich an die Arbeiter, ihre Streikbewegungen einzustellen. Er zeigt, daß nicht einmal die Sieger in diesem ungeheuersten aller Kriege ihres Lebens stolz werden können.

Der monarchistische Umsturz.

„An mein Volk.“

In seinem Manifest an die Bevölkerung vermahnt Joseph von Habsburg zwar jede Anspielung, daß er die Republik umstöße und zu monarchischen Einrichtungen zurückkehren wolle.

Er unterzeichnet das Schriftstück aber als Feldmarschall Erzherzog Joseph und knüpft damit an die Wägen an, die er im Oktober 1918 übernommen hatte.

Verhandlungen mit Karl.

Die „Wiener Allgem. Ztg.“ erzählt, daß die Engländer zuerst mit dem früheren Kaiser Karl verhandelt haben. Karl habe aber „abgelehnt“, und zwar mit der Motivierung, daß es ihm nicht nach Herrscherrollen gelüste.

Die Sozialisten unterdrückt.

Die beiden sozialistischen Blätter wurden behördlicherseits am Erscheinen gehindert. Der rumänische Plattenmandant hat für alle Erzeugnisse der Presse, literarische Werke, Musikalien, Theater- und Musikaufführungen, deklamatorische Vorträge usw. strengste Zensur verfügt.

Unverminderte Schärfe des Baseler Streiks.

Die schweizerische Devisenagentur meldet aus Basel: Der Plattenmandant von Basel hat verfügt, daß die Besetzung des Baseler „Vorwärts“ sofort aufgegeben wird, wenn in den Druckereien der bürgerlichen Zeitungen der Betrieb wieder aufgenommen wird.

Ein neuer Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt.

Als Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, Professor Hirsch aus Berlin, der schon seit längerer Zeit an leitender Stelle im Reichsernährungsministerium mitgearbeitet hat, in Aussicht genommen.

General v. Deimling für Erzberger.

„Die heillose Verblendung der Obersten Heeresleitung.“

Aus Weimar wird gemeldet:

Der bekannte Afrikakämpfer, General der Infanterie v. Deimling, hat an den Reichsminister Erzberger folgendes Schreiben gerichtet:

Baden-Baden, 4. August 1919.

Hochverehrter Herr Reichsminister!

Können Sie sich meiner noch entsinnen? Als ich im Jahre 1907 mit den Gottentoten einen Verständigungsfrieden geschlossen hatte, wurde ich im Reichstag und in der Presse von den Alldeutschen und von Kriegsinteressenten angegriffen.

Mit warmem und dankbarem Interesse bin ich im Weltkrieg Ihre Bestrebungen zur Erringung eines Verständigungsfriedens gefolgt. Daß jede Verständigungspolitik gescheitert ist an der heilloser Verblendung der Obersten Heeresleitung, aber auch an der Schwachheit des Reichstags und an der Charakterlosigkeit der Reichskanzler, das haben einflussreiche Truppenführer an der Front, denen klar war, daß man gegen die ganze Welt unmöglich auf die Dauer siegen kann.

Nügen Sie, Herr Reichsminister, aus dem jetzigen Trommelfeuer als Sieger hervorgehen, und möge Ihnen die aufrichtige Zustimmung eines alten Soldaten eine kleine Freude in dem schweren Kampf bereiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ihr sehr ergebener

gez. v. Deimling, General der Infanterie a. D.

Renner über die Friedensbedingungen.

Zürich, 8. August. Der deutschösterreichische Staatskanzler Dr. Renner, der gestern mit dem größten Teile der deutschösterreichischen Friedensdelegation, von St. Germain kommend, durch die Schweiz nach Wien reiste, erlaubte dem Baseler Vertreter der Telegraphen-Union, im Sonderzuge nach Zürich mitzufahren und machte ihm während der Fahrt folgende Erklärungen:

Wir haben vorgestern auf die Gesamtfriedensbedingungen eine Gesamtantwort gegeben

und man sagte uns, daß uns nunmehr die Räder binnen kurzem eine Gesamtentscheidung zufommen lassen würden. Nach können wir nicht sagen, wie diese Entscheidung ausfallen wird; uns beherrscht das gleiche Gefühl banger Spannung, das uns vor Ausbruch einer

Kulturkatastrophe aller Völkerwesen

ergreift. Am Tage nach der Entscheidung könnte eine anfängliche organische Erschütterung durch unser Heimatland gehen. Ich bin sehr zufrieden, daß das Schreckgespenst des Kommunismus hinweggeräumt ist und daß die Dinge nun wieder ihren richtigen Lauf nehmen. Nicht weggelassen dürfen die Gefahren eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs ohne Gleichen, die in ihren Auswirkungen alle interressierten Länder mitreißen wird.

Nach dem Kampf.

Die Verfassung ist verabschiedet. Auch die vielumstrittenen Abschnitte, die von der Bildung und Schule handeln, sind durch Verständigung zwischen Demokraten, Zentrum und Sozialdemokratie in ihrer endgültigen Form festgelegt worden.

Die geltend gemachten Bedenken zerfallen in zwei Gruppen, die grundsätzlich durchaus verschieden sind und in ihrem tiefsten Kern nichts miteinander zu tun haben.

Die einen — ich will sie einmal die Radikalen neudeutscher Kämpfer gegen das Kompromiß als solches. Sie 5. September in jedem Versuch einer Verständigung, eines Uebelnehmens nur einen Verrat an unseren Grundsätzen, einen Verrat am Erfurter Programm.

Praktisch lagen für unsere Forderung der weltlichen Schule die Dinge so, daß außer uns nur die Unabhängigen dafür eintraten. Dies reichte zur Durchsetzung nicht aus, um so weniger, als die Unabhängigen, die typischen Alles-oder-nichts-Theoretiker, auf praktische Mitarbeit von vornherein verzichteten.

Im ersten Kompromiß, das mit dem Zentrum abgeschlossen wurde, haben wir die Anerkennung der Gleichberechtigung unserer weltlichen Schule mit der konfessionellen und der Simultanschule erreicht; die weltliche Schule war eine unter drei gleichberechtigten Schulformen geworden.

Das zweite Kompromiß, an dem die Demokraten mitgearbeitet haben, ist in dieser Hinsicht keineswegs günstiger für uns. Die Einigung geschah hier auf der mittleren Linie. Es wurde die Schulform als Norm aufgestellt, in der Sozialdemokratie wie Zentrum das kleinere Uebel gegenüber der konfessionellen bezw. weltlichen Schule erblickten: die Simultanschule.

In anderer Hinsicht aber bedeutet das nun festgelegte Kompromiß einen erheblichen Fortschritt. Denn die zweite Gruppe von Bedenken, die gegen die ursprüngliche Fassung geltend gemacht wurden, war wohl begründet. Es handelte sich um die Zerplitterung des Schulwesens, die durch ein Nebeneinander so vielerartiger, gleichberechtigter Schulformen notwendig entstehen mußte.

woll die Schaffung der Einheitschule durch „Kommissionierung“ des Schulwesens ernstlich in Frage gestellt war. Ueberdies war die einzelstaatliche Schulgesetzgebung bereits zum Teil über die Reichsberechtigten der drei verschiedenen Schularten hinausgegangen und es bestand die Gefahr, daß hier die fortschrittliche Entwicklung auf Grund des Reichsrechts zurückgeschraubt werden könnte.

Wir haben nun eine einheitliche Schulform: die Simultanschule in der ganzen deutschen Republik. Ausnahmen sind bei den Volksschulen dort zulässig, wo die Mehrzahl der Bevölkerung sich für die weltliche oder die konfessionelle Schule an Stelle der gemeinsamen entscheidet. In dem zu erlassenden Reichsgesetz sollen außerdem diejenigen Gegenden, in denen die Simultanschule bereits Heimatsrecht besitzt, besonders berücksichtigt werden.

So haben wir als Schulpolitiker ein Recht, uns der neuen Fassung des Kompromisses zu freuen. Als Sozialdemokraten, die an der Förderung der weltlichen Schule als an einem der wichtigsten Punkte des Erfurter Programms unverrückbar festhalten, können wir uns mit dem Erreichten keinesfalls zufriedener geben. Wir haben die Pflicht, in nächsterer Abwägung der politischen Notwendigkeiten den ersten Schritt auf dem Wege anzuerkennen, wir haben die Pflicht, unsere Parteigenossen zu ausdauernder Mitarbeit an den nun sich ergebenden Aufgaben aufzurufen.

Bei allem Verständnis für die hastende Ungebuld, mit der unsere auf ein revolutionäres Tempo eingespannten Nerven schwingen, müssen wir doch der Ueberzeugung Bahn brechen, daß keine Novemberrevolution und keine Zukunftsrevolution uns die Erfüllung unserer Wünsche und Ziele als reife Frucht in den Schoß wirft, sondern daß sie nur die Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung, nur freie Bahn zu schaffen vermag. Die Arbeit für unsere Ideen, den Kampf und den endlichen Sieg nimmt uns keine Reichsverfassung und keine Landesgesetzgebung ab. Wir wollen auch den Zwang nicht, wir streben nach keiner Diktatur. Wir wollen die Freiheit für uns, die Freiheit für die anderen. Und wir glauben an den Sieg im Zeichen der Freiheit.

Richard Lohmann.

## Internationale Sozialistenkonferenz in Luzern.

Die gestrige dritte Vollversammlung der Internationalen Konferenz begann erst gegen vier Uhr nachmittags.

Genosse Kautsky ist aus Wien eingetroffen und nimmt an der Konferenz teil. Namens der Internationalen Kommission berichtet Renaudel, er teilt mit, daß eine Resolution der französischen Mehrheit und der deutschen Unabhängigen die Kommission nur ganz kurze Zeit beschäftigen könne und daß es den Antragstellern überlassen bleibe, diese Resolution in einer über die stattfindenden Kommissionsitzung zu begründen. Renaudel legt eine Resolution vor, die zum größten Teile aus dem Bericht der britischen Delegation über die internationale Konferenz herabfließt. Die Resolution erklärt, daß ein wirklich dauerhafter Friede erst ausgedacht werden kann, wenn die internationale Arbeit nicht mehr durch reaktionäre Elemente beeinflusst werde. Als war die Gelegenheit besser, eine sozialistische Disziplinierung durchzuführen, die durch die Ausschaltung der reaktionären Ausbeutung der nationalen Produktion und die gerechte Verteilung der Produkte sichert. Durch Ausübung dieser Disziplin sollen die Völker die Wiederkehr von Kriegen unmöglich machen. Alle Parteien müssen die Friedensverträge in einem der Veröhnung der Völker günstigen Sinne umzugestalten trachten. Das wird in erster Linie

### Sache der streikenden Arbeiter

geschehen müssen. Die streikenden Staaten sind militärisch so stark, daß sie von ihren ehemaligen Gegnern nichts zu befürchten haben. Wenn der Völkerbund nicht in eine wirkliche „Liga der Nationen“ umgewandelt wird, so werden die Völker dies erzwin-

## Der Zwanzigjährige.

Von Anselma Heine.

Das Kind, dem Ellen Rey die Herrschaft über unser sechziges Jahrhundert prophezeite, ist inzwischen zum Jüngling geworden. Er trägt die Krone immer noch, die man ihm in die Wiege legte. Heute königlicher als jemals. Und mit ihr eine ungeheure Verantwortung. Grade jetzt hier in Deutschland. Jede Hoffnung klammert sich an ihn, er soll wieder gutmachen, was die vorigen Generationen gesündigt und verwirrt haben, soll neue Bahnen finden für Volk und Menschheit. Jede öffentliche Rede wendet sich an ihn, jedes moderne Buch, das man aufschlägt. Die Ehrfurcht, die man sonst gewohnt war, dem Alter zu zollen, wird ebenso kritiklos oft heute der Jugend dargebracht. Sie mischt sich mit der traditionellen halbneidischen Bequemlichkeit, die dem Worte „Zwanzigjährig“ zulächelt wie einem verlorenen Paradiese.

Der Zwanzigjährige selber aber zuckt die Schultern unter der unerwünschten Doppellast des Lächelns und der Verantwortung. Der gefährliche Reizbild ist ihm verdrisslich, der dem liebevoll und ungenau wiedergegebenen Bilde eines Vorfahren gilt, dem er sich kaum noch verwandt fühlt. Denn der Zwanzigjährige jeder neuen Zeit trägt ein immer wieder neues Gesicht. Von der Dichtung gespiegelt.

So sind der nun Lebende „Romeo“, „Wilhelm Meister“ in seinem freibaren Sagen und Registrieren und der dumpf erwartungsvoll seiner eigenen Entfaltung zuschauende „Wilhelm Heinrich“ einander ebenso unähnlich wie ihrem Vater von heute: „Edschmidt“, „Rezwinger“, der verblüffungslos zwischen Kraft und Grausamkeit jongliert. Der Zwanzigjährige unserer Tage ist es, den uns Eduard Heine in seinem Erschlingroman „Der Zwanzigjährige“ (Verlag Georg Müller, München) bildet. Rhythisch, seiner Umwelt voraus, kennt diesen Typus bereits, wenn er darüber spottet, daß man die Lebensalter mit den Jahreszeiten vergleiche und dabei die Jugend als den Frühling betrachte. Er nennt die ersten Zwanzig des Jünglings Sommer, denn sie seien „heiß, lästig, gewitterhaft, äppig treibend“ und voll schwerer Arbeit. Auch in dem Edgar des Jacobischen Buches ist nichts von frühlinghaftem naiven Warten auf das Leben. Er ist bereits das Leben selbst, heißes, wissendes Leben. Dieser junge Mensch trägt in sich einen deutlichen Respekt vor den Beschränkungen, die Vernunft und Pflicht dem Menschen auferlegen; er besitzt einen immer wachen, raschen und scharfen Konstatierblick für seine Umgebung, für die kleinen und großen Zusammenhänge und für sich selbst. Unvermittelt hierzu und unlogisch besteht bei ihm die Unmöglichkeit, sich einzureihen. Für sein Gefühl beginnt die Welt erst mit ihm. Und ironischerweise ist es gerade dieser Zug wäsender Traditionslosigkeit, der ihn mit seinen verleugneten Vorgängern verbindet. Die Zwanzigjährigen aller Zeiten hatten ihn.

gen müssen. Die Rede Hermann Müllers, daß Deutschland den Frieden wirklich will, betrachtet die Internationale als Ausgangspunkt dieser Arbeit. Das Verharren bei der von Hermann Müller angeführten Politik wird die Entente zu einer Politik der Rähmung zwingen. Der heutige Völkerbund erscheint als Organ kapitalistischer Staaten, aber er ist trotzdem der erste internationale Organismus. Er ist der Anfang dazu, künftige Kriege unmöglich zu machen. Es ist Aufgabe der Internationale, den heutigen Völkerbund zu einem

### „Völkerverbund sozialistischer Staaten“

umzugestalten. Sofort aber müssen alle demokratischen Staaten in den Völkerbund aufgenommen werden. Die Resolution protestiert dann aufs schärfste gegen gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages, welche sich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht vereinbaren lassen. Es wird u. a. verlangt, daß die Einwohner des Saargebietes vollkommen frei über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden können, daß Deutschland, wenn es will, sich an Deutschland anschließen kann und daß den Deutschen in der Tschechoslowakei gleichfalls das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wird. Am Schluß seiner Rede forderte Renaudel, daß auch Deutschland durch den Besitz seiner Kolonien, eventuell im Auftrage des Völkerbundes, in bezug von Rohstoffen unbehindert sei und daß es auch Oesterreich möglich sei, die nötigen Rohstoffe zu erlangen. Die Friedensbedingungen der Wiedergutmachung müssen der Ueberwachung durch den Völkerbund und nicht der Willkür der Entente unterstellt werden.

Wels (Deutschland): Wenn alle Völker für die Revision des Friedensvertrages eintreten würden, so wäre das eine große Hoffnung für die gesamte internationale Arbeiterchaft. Wird Deutschlands Arbeiterchaft zu einem Vorkampfbataillon gezwungen, so wird es den Arbeitern in den Ententeländern nicht möglich sein, auf längere Zeit ein besseres Dasein zu führen; denn ein Land mit rückständigen Verhältnissen ist immer ein Hemmnis für die Entwicklung der Gesamtheit. Man hat die deutsche Revolution als ein alldeutsches Mandat hingestellt und gesagt, Deutschland hat sich nicht genügend geändert. Ich stelle fest, daß die deutsche Regierung in ihrer Mehrheit aus Sozialisten besteht.

### Wir könnten eine reine Arbeiterregierung haben,

wenn die Unabhängigen sich nicht in die Abhängigkeit der Kommunisten begeben und sich auf ein undemokratisches Räteystem verließen hätten. Deutschland hat die demokratischste Verfassung der Welt. Deutschland ist in der Lage, der ganzen Welt auf sozialistischem Wege vorauszugehen, freilich nur, wenn es nicht an Händen und Füßen gebunden ist. Was wir auf internationalen Kongressen mitbeschlossen haben, das haben wir gehalten. Wir haben gegen den Krieg, gegen Militarismus und Kapitalismus mit aller Leidenschaft gekämpft, wie vielleicht nirgends. In Uebereinstimmung mit den internationalen Grundgesetzen sind wir für die Landesverteidigung eingetreten. Hätten wir das nicht getan, so wäre

### Der Zar heute Kapellmeister

im europäischen Kongert. Auf der Höhe der deutschen Siege haben wir gegen alle Anexionen gekämpft. Würde Deutschland Sieger geblieben, dann hätte man gesehen, was unsere Partei geleistet haben würde, um einen Gewaltfrieden zu verhindern. Die von Deutschland vorgeschlagene allmähliche Zahlung von 100 Milliarden wäre nur möglich, wenn das Saargebiet, Oberschlesien, Danzig usw. nicht von Deutschland losgerissen würden. Wels bespricht dann eingehend den Friedensvertrag und verlangt, daß bei seiner Ausführung die sozialistischen Arbeiter der Entente mitwirken sollen, auch im Interesse der Kriegsschädigten, hinter die sich die Großkapitalisten der Entente verstecken. Er bespricht dann eingehend die der ganzen Welt drohende Kohlenkatastrophe und schlägt vor, daß das Internationale Bureau ungenannt in Verbindung mit der Internationalen Gewerkschaftszentrale einen Internationalen Weltkongress der Bergarbeiter einberufen soll, der die Regelung der Weltproduktion an Rohstoffe und ihre Verteilung behandeln soll. Wels fordert dann auf zum internationalen Klassenkampf gegen den Weltkapitalismus, der in diesem Krieg triumphierte. Er weist eingehend auf die Verletzung der Vertriebsrechte durch die Entwicklung der Industrie hin und betont, daß für diese Arbeiterorganisation neben den bisherigen Organisationen Platz da sein müsse. Er protestiert dann gegen die Intervention in Rußland und Ungarn und gegen die Ausbreitungstendenzen in Westdeutschland durch französische Gene-

räle, deren Vergehen an ähnliche Bestrebungen des deutschen Generalstabs in den besetzten Gebieten Rußlands erinnert. Die Rede Wels schließt mit der Erklärung, daß der Sieg des Sozialismus unmöglich sei ohne das Proletariat des heute niedergeworfenen Deutschland, in dem die Wiege des Sozialismus gestanden habe. (Beifall.)

Es verlangt, daß die deutschen Unabhängigen einen Antrag auf Ausschluß der deutschen Mehrheitspartei aus der Internationale einbringen wollen; es ist jedoch recht fraglich, ob ein solcher Antrag zur Abstimmung zugelassen wird. Ueberdies dürfte ein solcher Antrag eine Beleidigung der Konferenz bedeuten, da ihr zugemutet würde, ein Urteil ohne vorhergehende Untersuchung zu fällen.

Den Beratungen der Zugerner Konferenz über die allgemeine Lage liegt ein ausführlicher Bericht der Delegation von Großbritannien zugrunde. Darin wird u. a. ausgeführt:

### Die Revision der Friedensverträge

im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens kann völlig nur ausgeführt werden, wenn die League of Nations durch andere ersetzt werden, die einen sozialistischen und wirklich mehr demokratischen Charakter aufweisen.

Die Internationale richtet an alle Sozialistenparteien die Aufforderung, so auf ihre Regierungen durch Interpellationen und in anderer Weise zu wirken, daß die Verammlung des Völkerbundes zu der Zeit zusammenzutreten soll, die für den Oktober einberufenen Arbeiterkommissionen entspricht. Die nationalen Sektionen sollen dringen auf sofortige Zulassung Deutschlands und Oesterreichs zum Bunde, und Revision der Verträge mit Deutschland und Oesterreich dahin, daß die Entschädigungsansprüche bestimmt gefaßt, nicht zu verschleierten Anexionen mißbraucht werden, oder um dadurch Arbeiter unter eine Regierung zu stellen, an der sie keinen Anteil haben. Das Saartalabkommen soll so umgeändert werden, daß Frankreich die nötige Kohle zugesichert wird, ohne die Bevölkerung französischer Herrschaft auszuweisen, oder sie sonst von einem durch sie gewählten Anschluß zu trennen.

Das Abkommen in bezug auf die Sicherstellung der Zahlung soll durch den Völkerbund gemacht werden und nicht durch die Alliierten.

Die Möglichkeit zur Gewinnung von Rohmaterialien und ökonomischer Entwicklung soll Deutschland und Oesterreich durch definitive Bestimmungen zugesprochen werden, garantiert durch den Völkerbund, und ist nicht einfach der Willkür von Deutschlands ehemaligen Feinden und gegenwärtigen wirtschaftlichen Rivalen zu überlassen.

Bei der Ueberwachung von Kredit, Schifffahrt, Nahrungsmitteln, Rohmaterialien sollen die ehemaligen feindlichen Staaten mitwirken. Der Grad des dringenden Mangels soll als Hauptprinzip gelten bei der Zuteilung der Lebensbedürfnisse und nicht die Möglichkeit der Zahlungsfähigkeit.

Die ökonomischen Verfügungen bezüglich Reisbegünstigungsklauseln, Eisenbahnverkehr, Internationalisierung von Häfen und Kanälen sollen gegenseitig sein, d. h. Deutschland und Oesterreich sollen zu deren Vorteilen und Verpflichtungen zugelassen werden.

Die, wenn auch nur zeitweilige, Annerktion des Saartales soll aufgehoben werden und der französische Anspruch auf den Empfang der Kohle beschränkt sein. Alle Einschränkungen der Rechte Oesterreichs in bezug auf die künftigen Beziehungen mit Deutschland sollen fallen gelassen werden. Den vorherrschend deutschen Gegenden der Tschechoslowakei und Südtirols soll Bewilligung erteilt werden, ihre politische Zukunft zu bestimmen. Die herporragend deutschen westpreussischen Gegenden sollen das Recht haben, deutsch zu bleiben. Polen soll der Zugang zum Baltischen Meere zugesichert werden durch die Internationalisierung der Weichsel und durch die Schaffung des Freihafens Danzig; die auswärtigen Beziehungen dieser Stadt sollen nicht unter der Kontrolle Polens stehen, sondern des Völkerbundes, während ihre innere Politik von ihr selbst kontrolliert werden soll, aber nicht von Polen. Die Volksabstimmung Schlesiens und Ostpreußens soll unter der Ueberwachung des Völkerbundes und nicht einer internationalen Kommission stehen. Alle Vorschriften, wie jene des Zusatzes zu Art. 23 des Vertrages, welche die Auflösung von Arbeiterorganisationen vor der Volksabstimmung verlangen, sollen gestrichen werden.

Die souveränen Rechte Chinas sollen in der Provinz Schantung

Im übrigen zeigt dieser Edgar stark individualistische Züge, denn er ist Dichter; und seine Träume sind sowohl und taumelig wie Julinächte, in denen aus dem reifen Korn die Dichtlaster herauswachsen. Sein Wesen und Denken ist erfüllt von einer glühenden, bis zum Seelischen verfeinerten Sinnlichkeit. Man erlebt ihn, wie er, der Günst und Ungünst einer Sechszehnjährigen gewonnen hat, das Mädchen nachträglich erst und ganz allmählich seiner Pärlichkeit und Leidenschaft zu eigen macht. In allen Phasen dieser Liebe aber — auch das ist wieder typisch — ist es vornehmlich der Klang seines eigenen Herzens, der ihn interessiert und beglückt. Es kann sogar geschehen, daß die Liebe der Geliebten ihn ein wenig für den vertriebenen Dichtersöhnen in sich selbst. Eine wirkliche und grenzenlose Hingabe kennt er noch nicht. Menschen und Dinge haben für ihn vorerst nur die eine Mission: Sein Wachstum zu nähren. Ein Rest von Kind in diesem, sich sonst so männlich gebärdenden Jüngling! Charakteristisch ist für die heutige Jugend die beginnende Reaktion gegen die Panatiker der freien Liebe. Der Zwanzigjährige beschließt voll Wärme, sein Mädchen zu heiraten.

„Oh, war das nicht schön? Leichtsin und trübe Verführung mändelten ins Saubere. . . Eine Verbindung, unsicher schillernd wie ein Stump, erhob sich plötzlich ins Sichere, Feste, bürgerlich Strahlende.“ Und er macht Pläne, will Reaktor werden, Tageschriftsteller, er berechnet sein Einkommen, seine Aussichten, einen Hausstand bestreiten zu können.

Jacob hat seinem Buch den Untertitel gegeben „Ein symphonischer Roman“. Er wollte damit wohl dem Worte „Lyrisch“ ausweichen. Aber man würde gern auf die Uebersetzung in die fremde Kunst verzichten, die dem sonst bei Jacob so empfindlichen, künstlerischen Reinaltungsgefühl nicht entspricht. Ebenso finden die Kapitelüberschriften (Erster Satz, Zweiter Satz usw.) auch ohne sie würde man Melodien hören, rhythmisch durchbraut werden. Die sachlichen Kapitelbezeichnungen freilich geben der oft überreich quellenden Fülle ein wundervolles, nicht nur äußerliches Gerüst. So wird unter dem Titel „Das Meer“ alles zusammengetragen, was man sehen, fühlen, denken und ahnen kann am Meere. „Die Reife nach Franken“ gibt ein Stück innerlichstes Süddeutschland und im „Konzert“ erlebt man alle Musik des Ohres und des Herzens zugleich.

Eine Fabel gibt es bei Jacobs Roman kaum. Erlebnisse auf jeder Seite. Aber so subtiler Art, daß man sie nur lesen, niemals nachzählen kann. Man möchte eben Heinrich Eduard Jacob sein, um die Worte dazu zu finden.

Sonderbar geht es einem mit der Figur des Mädchens, die, in allen Einzelheiten mit verblüffender Wahrheit gezeichnet, doch als Ganzes eine Unmöglichkeit scheint. Man glaubt nicht recht, daß das kleine unphälogische Ding ohne jede Ueberwindung und Seelenkämpfe in das gemietete banale Verführungszimmer gehen wird mit fertiger Hingabe-Abtät. Man traut der jugendhaften Spiele-

rischen nicht die weissen philosophischen Betrachtungen über Liebe zu. Begreift nicht, daß sie einer so gut durchgeführten Mütterlichkeit fähig sein sollte, wie uns gezeigt wird.

Was aber das Buch zum allerhöchsten Range erhebt, ist sein Stil voll Farbe, Kraft und Licht, der uns gleich, mit den ersten Worten einem schöngefiederten Pfeile gleich mit sich emporjährt. In die Sonne hinein. Jacob selbst nennt seine (Edgars) Art zu schreiben: „Soglarawanen, die der Dichter ins Unbetretene entsenden.“ Aber er tut mehr. Denn seine Schilderungen und Gleichnisse kennen die Trennung nicht zwischen nächsterer Wirklichkeit und der Wahrheit mythischer Regionen. Alles ist ihm wirklich und greifbar, alles gebührend. Ein Hauch von Ewigkeit durchdringt sein Bekanntnis auch zum geringsten Ding.

Bei ihm, wie bei seinem dichterischen Spiegelbilde Edgar.

## Notizen.

— Theater. Das Deutsche Opernhaus wird am Sonntag, den 17. August wieder eröffnet mit „Morris Oper Tiefenland“. Der Vorkauf beginnt am 12. August. — Im Deutschen Künstler-Theater findet am Donnerstag, den 14. August, die 75. Aufführung des Schwankes „Die Pulschbahn“ mit Max Waldert in der Hauptrolle statt. — Die Eröffnungsvorstellung des Phantastischen Theaters (Charlottenburg, Neue Konigsstr. 21) ist auf den 13. und 14. August verlegt worden.

— Dichterbund. Frau Marie Böller wird in ihrem ersten Berliner Vortragabend am 9. Oktober im Rittersaal unter anderem zum erstenmal des zeitgenössischen indischen Dichters Rabindranath Tagore einaktiges Spiel „Chitra“ sprechen.

— Gegen die Judenpogrome hat der als dramatischer Dichter in Deutschland gut bekannt gewordene Henri Rothmann in Kopenhagen eine Protestrede gehalten, die jetzt von der jüdischen Vereinigung für Deutschland (Berlin W. 15, Sächsische Str. 5) in deutscher Sprache als Druckschrift verbreitet wird.

— Das gefällige Reclamheft „Die Reife nach Franken“ wurde in einer Nummer vom 30. Mai besprochen. Dem Vorleser Paulsen-Reinold wurde darin empfohlen, sich wegen Auskunft über die Fälschung an Hermann Bernau zu wenden. Darob ist R. sehr empört; er legt sich aber umsonst auf. Wir geben seine Adresse nur an, da er häufiger Mitarbeiter an französischen Neigungsarbeiten ist (siehe die gefällige „Frankfurter Zeitung“, „Kriegsblätter“, „Das freie deutsche Wort“ u. a. m.) und weil er früher Angehöriger des Fern-Beupener Kreises war, aus dem Frankreich hochbezahlte Heeresdienste für die Frontpropaganda gezeichnet worden. Wir stellen Bernau also für eine Autorität auf diesen Gebieten, die am besten Auskunft geben konnte, und teilen diese Ansicht mit dem „Rührer-Tagenangeiger“, mit der englischen Zeitung „Morningpost“ mit der „Wochenschrift“, „Das Buch hebet dem Bundesrat“ um. Vielleicht wirkt diese Heißstellung beruhigend auf Herrn Hermann Bernau.

büßig anerkannt und beschützt werden und die imperialistischen Kolonnen der Alliierten müssen aufgehoben werden.

**Kolonien!** Gleichheit ökonomischer Möglichkeiten in allen Kolonien, die ohne Selbstbestimmung sind, durch den Völkerbund verbürgt. Alle diese Kolonien, und nicht nur die eroberten deutschen Kolonien, sollen dem Mandatsprinzip unterworfen sein. Die eroberten Kolonien sollen dem Völkerbunde abgetreten werden und nicht den Alliierten. Es soll Deutschland eine Möglichkeit gegeben werden, unter der Kontrolle des Bundes mit Mandatrechten auszuweichen zu werden.

Die Abrüstung soll allgemein sein und nicht einseitig. Die Folge davon wäre eine drastische Verkürzung der Besatzungsperiode des linken Rheinufers. Das Abrüstungsschema soll Flotten und U-Boote einbeziehen.

Im Völkerbund ist ein von der existierenden Versammlung getrennter Ausschuss zu gründen, der die Staaten in gleichen Einheiten vertritt (die verpflichtet wären als eine Stimme zu wählen, ohne sich in Spaltungen, wie z. B. zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten innerhalb der einzelnen Staaten, zu halten). Der neue Ausschuss soll das Volk vertreten im Unterschied zur Staatsverwaltung.

Die drei Mitglieder eines jeden Staates haben nach dem Vertrag als eine Stimme zu wählen. Ein sozialistischer Arbeitvertreter und ein Arbeitgebervertreter müssen somit eine Stimme für Großbritannien abgeben. Ferner wird jedem Einwohner der spanisch-amerikanischen Republiken vielmehr mehr Stimmkraft gegeben, als dem Einwohner Großbritanniens, Frankreichs, Amerikas oder Deutschlands. Proportionale Vertretung der verschiedenen politischen Parteien Europas und Vertretung eines jeden Staates als Staat kann nicht in ein und denselben Ausschuss vereint werden.

Die Größe der jetzigen Versammlung wäre zu verringern, indem man jedem Staate zwei anstatt drei Vertreter gäbe, wodurch diese Versammlung zur eigentlichen Staatsvertretung gemacht würde. Außerdem wäre ein weiterer Ausschuss zu gründen, in welchem die Vertretung durch Parlamentarierdelegierte aller Parteien zu bilden wäre. Jede nationale Delegation könnte durch proportionale Vertretung gewählt werden. Oder es wäre das Parlament des Bundes direkt und proportional zu wählen. Jedoch ist die erste Methode vorzuziehen. Ein solcher Ausschuss wäre anfangs rein beratend und gutachtend. Wenn jedoch dessen Empfehlungen in bezug auf vorgeschlagene Revisionen internationaler Gesetze oder Vorschriften, oder auf Änderungen von Zuständen, die, wenn sie in ihrer jetzigen Beschaffenheit gelassen würden, zu Kriegen führen müßten, angenommen würden, so läme diesen Empfehlungen bald Rechtskraft zu.

Ein erstes Weltparlament könnte gegründet werden, gemeinsame Ansichten und Interessen zusammenbringend, ohne sich an nationale Grenzen zu halten. Es würde sofort eine Sozialistenpartei gegründet, dann vielleicht eine liberale Partei, der sich nach und nach andere Schattierungen beigesellen würden. Das Resultat wäre, die Wichtigkeit des Staates als Macht zu verringern und der Oberherrlichkeit freier Meinung Raum zu bereiten. Man könnte sehen, daß die Klassenlinie der Spaltung international ist und es könnte dann der große Fortschritt gewonnen werden, die Arbeiter von dem Wahne eines engen Nationalismus zu befreien. Eben aus diesem Grunde werden die Gegner des Internationalismus und Sozialismus dem Gedanken entgegenarbeiten und gerade deshalb sollte ihn die Internationale fördern.

Ein permanenter Rat für Weltwirtschaft muß gegründet werden unter der Kontrolle des Bundes. Internationale Lebensmittelversorgung von Rohmaterialien und ihre Verteilung, die in erster Linie die dringenden Bedürfnisse deckt, ist die einzige praktische Lösung dem Protektionismus gegenüber. Zudem wäre ja internationale Regelung der Arbeiterverhältnisse zum großen Teil wirkungslos, wenn die Kontrolle des Transports, der Verteilung von Lebensmitteln und Rohmaterialien in den Händen gewaltiger kapitalistischer Organisationen bliebe, die, außerhalb einer Reichs- und Volkswirtschaft stehen und von privaten Kapitalisten geleitet werden zum Zweck, Gewinne herauszutreiben.

Die englische Denkschrift behandelt dann die Frage: **Internationale und Revolution.**

Dieser wird ausgeführt: Die Internationale protestiert gegen die Verweigerung von Reisepässen und die Unterdrückung freien Handelsverkehrs zwischen dem Proletariat des westlichen Europas und den sozialistischen Regierungen des östlichen Europas, wodurch es der Reaktion möglich war, die Lage in Rußland und Ungarn in ein falsches Licht zu stellen. Durch gründlich verlebende und einseitige Berichte in bezug auf die Lage in den Ländern mit Sowjetregierung ist die öffentliche Meinung irreflektiert und verführt worden. Die Internationale ist entschlossen, ihre Anstrengungen, eine Untersuchungskommission nach Rußland und Ungarn zu entsenden, zu erneuern.

Die Internationale anerkennt, daß Meinungsverschiedenheiten Sozialisten trennen mögen in bezug auf die Notwendigkeit einer Proletariatsdiktatur während der revolutionären Umwandlungsperiode eines Bourgeoisstaates zu einer sozialistischen Demokratie, aber sie bezieht mit Gewißheit die Tatsache, daß es keine Meinungsverschiedenheiten gibt, was die praktische Politik in bezug auf die gegenwärtige Lage in Rußland und Ungarn betreffende offene oder verhehlte Intervention anbelangt. Der Intervention soll entgegengetreten werden und während man sich zum Streite über politische Parteien neutral verhält, soll sie erstickt werden durch eine Politik freundschaftlicher Hilfe in dem Sinne der russischen und ungarischen Regierungen inmitten der Schwierigkeiten der Neuordnung nach den Kriegseroberungen und der Verletzungen aller Abkommen, eine Politik, welche den gegenwärtigen Zuständen rasch ein Ende bereiten würde und den betreffenden Völkern die Freiheit gäbe, die von ihnen gewünschten Regierungsformen zu wählen.

Die Ententeoperationen leisten jenen Gruppen und Parteien in Rußland, Ungarn und anderswo Hilfe, welche, falls sie triumphieren sollten, nicht eine Demokratie, nicht einmal eine halbsozialistische Demokratie herstellen werden, sondern eine militärische Diktatur autoritärer sozialistischer Reaktion. Es wird von den Arbeitern verlangt, eine antiparlamentarische Schwärze-Hundert-Diktatur zu unterstützen, einen russischen Napoleonismus, der auf welchem Terror ruht, einen monarchischen, kriegerischen, landbesitzenden, einen durch militärischen Zwangsdienst aufrecht zu erhaltenden Imperialisismus.

Die Internationale verlangt die sofortige Einstellung jeder Form militärischer Hilfeleistung an die gegenrevolutionären Parteien in Rußland und Ungarn, und damit dem Entschlusse, sich diesen Partien der Militärhilfe und internationalen Kapitalisten entgegenzusetzen, auch die Tat folgen, richtet die Internationale an ihre nationalen Sektionen die Aufforderung geeignete Schritte in obigem Sinne zu unternehmen.

Endlich wird behandelt die Politik gegenüber revolutionären Regierungen im allgemeinen. Da wird in dem englischen Bericht gesagt: Die Internationale sollte auf die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit revolutionären Regierungen bringen, nicht weil sich die Internationale mit allen Handlungen dieser Regierungen solidarisch erklärt, sondern weil die Verweigerung der Anerkennung nach dem Ausbruch von auswärtigen Beamten notwendig die allerersten Mißbräuche der Geheimdiplomatie auf Folge hat und durch Interessen hervorgerufen wird, die mit jenen der Arbeiterklassen im Konflikt stehen. Es hat dies den Ententeoperationen die Möglichkeit gegeben, ihren Ländern Hilfsquellen in den Dienst gegenrevolutionärer Bewegungen zu stellen, ohne eine Absperrung und ohne ihren eigenen Völkern darüber Nachricht und Auskunft zu geben.

Die Scheinbekannte Ausrede der alliierten Regierungen, daß die Anerkennung der Sowjetregierungen verweigert wurde wegen der diesen vorgeworfenen Gewalttätigkeiten, mißachtet die Regel, daß Anerkennung einer Regierung nicht die Zustimmung zu ihrer

Politik bedingt. Die Gewalttaten der ehemaligen zaristischen Regierung hinderten dieselben Regierungen, die jetzt den Sowjets Anerkennung verweigern, nicht, die erstere anzuerkennen und sogar mit ihr eine Allianz einzugehen. Die gegenwärtige Politik der alliierten Regierungen ist lediglich ein Instrument, den internationalen Sozialismus zu bekämpfen.

Die Internationale richtet daher den dringenden Ruf an alle Sozialisten, jede gegenrevolutionäre Aktion und jede Einschränkung des freien Verkehrs durch Zensur, offene oder verhehlte Blockade oder durch Verweigerung von Reisepässen zu bekämpfen.

Die Befolgung dieser Bedingungen wird es der Internationale als ein demokratisches Recht ermöglichen, ihre Hilfe neuen sozialistischen Regierungen anzubieten, an diese ihre Vertreter zu entsenden, als Vermittler zwischen verschiedenen politischen Gruppen im Interesse des Friedens und der Veranlassung zu handeln und durch ihre freundschaftliche Vermittlung internationale und innere Regelungen zu erleichtern.

Außerdem macht die Internationale alle sozialistischen Regierungen auf die dringende Notwendigkeit der Schaffung einer internationalen Beratungskommission aufmerksam, die sofort einen gegenseitigen Meinungsaustausch über die politischen und ökonomischen Beziehungen und die Sozialisierungspolitik herbeiführen sollte. Diese Kommission bietet den Regierungen ihre Mithilfe für Rat und Vergleich an.

**Ein Bürgermeister als Lebensmittelhändler!** Dem längere Zeit in Allenstein bei einer militärischen Behörde tätigen Bürgermeister Dr. Hagen aus Rathenow wurden bei seiner Abreise auf dem Hauptbahnhof eine Menge rationierter Lebensmittel, darunter zwei Zentner frisches Fleisch, beschlagnahmt. Die Stadt Rathenow kann man zu ihrem Oberhaupt nur begrüßwünschen.

**Strengholz statt Kohlen.** Nach einer Berliner Meldung der „Presse“ wird in aller nächster Zeit ein Erlaß an die preussischen Staatsforstverwaltungen ergehen, unter besonderer Berücksichtigung des Holzbedarfs ein Drittel mehr als bisher abzuschlagen. Auch die Gemeinden und sonstigen Waldbesitzer sollen in ähnlichem Sinne beunruhigt werden. Die Staatsforsten, welche bisher 12 Millionen Hektometer lieferten, würden demnach drei Millionen Hektometer mehr ergeben können, für die Gemeinden und Private etwa die Hälfte mehr. Erhebliche Schwierigkeiten verursacht die Transportfrage. Mit dem Abschlag des Holzes soll so zeitig begonnen werden, daß das Holz möglichst noch auf dem Wasserwege befördert werden kann.

**Abwanderung von Kohlenarbeitern.** In der gestrigen Sitzung der Kohlenkommission wurde festgestellt, daß die Zahl der Bergarbeiter in letzter Zeit wesentlich zurückgegangen ist. So sind aus dem Ruhrgebiet 15 000 bis 17 000 Arbeiter abgewandert. Dem Rückgang an Kohlenarbeitern soll durch eine großzügige Anwerbung und Bereitstellung behelfsmäßiger Wohnungen abgeholfen werden. Eine Nachprüfung der Lohnfrage wurde von der Regierung zugesagt.

## Industrie und Handel.

### Vörle.

Die Tendenz an der Wäsche charakterisierte sich als lustlos und überwiegend schwächer. Angeboten waren namentlich Montanwerte, wobei wiederum auf die ungünstige Kohlenmarktlage verwiesen wurde. Im Gegensatz hierzu bestand für Schiffahrtswerte gute Meinung, die zum höheren Kurse für Hamburger Rechnung dem Markt entnommen wurden. Fest waren wieder Petroleumwerte und in erster Linie Straus Romana. Auf dem übrigen Gebiete bewegte sich das Geschäft in den engen Grenzen. Am Anleihemarkt waren keine Ausschreibungen zu verzeichnen. Kriegsanleihen notierten 80%, Präg. Von fremden Anleihen war russische das Beste. Fest waren auch russische Renten.

## Groß-Berlin

### Mehr Arbeitskräfte für die Bezirkskommandos.

Es ist reichlich bekannt, welche Sammelstelle im Geschäftsbereich um den Bezirkskommando nach und nach eingerissen ist. Von Zeit zu Zeit haben wir mal eine der größten Sammelstellen veröffentlicht, gewöhnlich mit dem Resultat, daß wir founds viel Zuschriften erhielten, in denen uns die Einzelnen mitteilten, daß ihr soll eigentlich noch viel krasser liegen. An den Verhältnissen scheint sich somit nichts geändert zu haben. Die Militärverwaltung hat entweder nicht die Lust oder die Fähigkeit, gründlich Remede zu schaffen.

Ueber die Ursachen der sonderlichen Entwicklung der Geschäfte gestaltet die nachfolgende Zuschrift einen Einblick. Es heißt darin: „Es stellt sich tatsächlich in den Bureaus der Bezirkskommandos an Arbeitskräften. Vor der Revolution hatte jedes Kommando etwa 250 Mann. Als die Revolution ausbrach, ließen sich über die Hälfte, meist die älteren Jahrgänge, entlassen. Rekrutiert sind nur wenige. Wir werden immer mit den Worten: „Der Staat hat kein Geld“ abgewiesen, wenn wir Rekrutierung von Leuten fordern. Wenn tatsächlich sich Leute melden zum Bureaudienst und sie hören, daß sie im Monat ganze 200 M. erhalten sollen, gehen sie schon freiwillig wieder nach Hause. Unsere Anträge auf Erhöhung der Gehälter sind vom Januar bis jetzt noch erfolglos geblieben. Und sich für 200 M. im Monat zu verpflegen, besonders verheiratete Leute, dazu die Wohnungsmieten, ist nicht so einfach. Jetzt sollen die Dienststunden wieder verlängert werden. Eine Entschädigung hierfür gibt es aber nicht.“

Noch dieser Zuschrift wird es demnach nicht bei Militärverwaltung sein müssen, festzustellen, welche Arbeit zu leisten ist, welche Aufgaben noch vorhanden sind, die schnellstens aufgearbeitet werden müssen, und wieviel Arbeitskräfte notwendig sind, um einen regelrechten Betrieb durchzuführen zu können. Daß die Leute so bezahlt werden müssen, daß sie dabei nicht zu verhungern brauchen, ist selbstverständlich.

„Woll und Zeit“, die illustrierte Wochenchrift, erhalten unsere Postabonnenten mit diesem Blatt. Berichtend auf einer Widunderchrift sei an dieser Stelle bemerkt, daß auf der 8. Seite nicht unser österreichischer Genosse Dr. Otto Bauer, sondern Dr. Ludo Hartmann dargestellt ist.

### Schleichhandel in „Bestellen Coupés“.

Und wird geschrieben: Am 31. Juli reiste ich mit dem 7 Uhr 50 Min. Mühlentor verlassenden D-Zug nach Berlin. Ich war eine Stunde vor Abfahrt des Zuges am Bahnhof, alle Sitzplätze waren bereits besetzt. Es fiel mir auf, daß mindestens drei, wahrscheinlich noch mehr, Abteile 2. Klasse den Titel „Bestell“ hatten und abgeschlossen waren, trotzdem mir bekannt war, daß es seit langem unzulässig ist, Abteile vorzubestellen. Auf eine diesbezügliche Nachfrage beim diensttuenden Schaffner sagte mir dieser, daß die Abteile laut einem Telegramm, das er dorthin, bestellt seien und er nicht mehr wisse. Das Telegramm trug weder Abender noch Aufnahmestadium, weder Abteile noch Unterabteilung. Auch der Zugführer wies mir auf meine Nachfrage das gleiche Telegramm vor. Die Dienststelle, die es abschand, war ihm angeblich unbekannt, andere Unterlagen für die Abteilbestellung hatte er nicht. Inzwischen waren einzelne Personen gekommen, die sich an den Schaffner wandten und von diesem in den „Bestellen“ Abteilen untergebracht wurden, bis diese besetzt waren. Im letzten Moment vor der Ab-

fahrt kam noch eine Dame an, die auch ein Ticket auf einen Platz im „Bestellen“ Abteil zu haben angab und diesen auch angekauft bekam, trotzdem sie nicht einmal auf eine Fahrkarte hatte.

Dies geschah, während sich die lange vorher gekommene Fahrgäste in den Gängen drückten. Im Laufe der Reise stellte ich in der Unterhaltung mit den in „Bestellen“ Abteilen Reisenden fest, daß sie alle aus dem Regina-Palast-Hotel kamen und durch den Portier dieses Juges ihre Plätze bestellt hatten.

Die Eisenbahndirektionen sollten dafür sorgen, daß in Zukunft derartige und ähnliche Benutzungen einzelner Reisender, die zweifellos auf Korruption zurückzuführen sind, unterbleiben und die verschärfte Blöße gleichmäßig den Reisenden zur Verfügung gestellt werden. Wegen die Beamten, die bei derartigen Mißbräuchen ihre Hand im Spiele haben, sollte man aber unerbittlich und energisch vorgehen.

### Gummibereifung für die öffentlichen Kraftfahrzeuge.

Das öffentliche Kraftfahrzeug Berlin, das durch die während der Kriegsjahre erzeugte Materialknappheit, namentlich an Gummi, fast ganz zum Stillstand gekommen ist, dürfte bald wieder zur Blüte gelangen. Durch die jetzt erfolgende Einfuhr von Para- und Kautschuk, wird es möglich sein, dem jetzt in höchster Blüte stehenden Schleichhandel in Reifen und Schlauchen ein Ende zu machen. Die deutschen Gummifabriken sind, vorläufig noch durch die Reichsstellen, mit Rohmaterial beliefert und haben die Fabrikation wieder aufgenommen. Wie wir erfahren, ist die Zufuhr von Kautschuk aus dem Ausland so bedeutend, daß die von deutschen Fabrikanten hergestellten Bereifungen für Kraftwagen um ein Drittel billiger sind als die gegenwärtig aus dem Ausland bezogenen Waren.

Umfangreiche Entlassungen von Volkstruppen bei der Reichspost. Durch die Demobilisierung und die Entlassung von Gefangenen sind viele Postbeamten, die vor dem Krieg fest angestellt waren, heimgelöhrt. Die Postverwaltung sieht auf dem Standpunkt, daß diese Kräfte sofort automatisch wieder in ihre Stellungen einrücken müssen. Sie hat deshalb die Posthalter und Postfachfrauen darauf vorbereitet, daß sie in der nächsten Zeit mit umfangreichen Entlassungen aus ihren Reihen rechnen müssen.

Ausgabe von Kommunalanleihen. Dem Vernehmen nach hat die Reichsverwaltung für Angestellte neben dem hypothetischen Beleihungsgehalt auch das Kommunalanleihegeschäft wieder aufgenommen. Kommunalanleihegeschäfte können auch unmittelbar von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Kreisen usw. eingeleitet werden und sind an das Direktorat der Reichsverwaltung für Angestellte, Abteilung III, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 16, zu richten.

Ein Juwelenhändler verhaftet. Der Oberleutnant Rehmed Schädeli Pasha, der an der Vererbung des türkischen Juwelenhändlers Deon in Berlin beteiligt sein soll, ist gestern in Hamburg verhaftet worden, als er im Auto nach dem Hafen fahren wollte, um sich auf einen Dampfer zu begeben. Schädeli bestreitet seine Schuld; er wird nach Berlin übergeführt, um den bereits verhafteten Komplizen gegenübergestellt zu werden.

Explosionsunfall im Spandauer Feuerwerkslaboratorium. Im Feuerwerkslaboratorium, wo jetzt alle Länder zerlegt werden, kam es gestern zu einer Explosion. Es wurden 4 Personen (einer und 3 leicht) verletzt. Eine Person ist gestorben; der Betrieb ist teilweise stillgelegt.

Zum Leichtenfund im Landwehrkanal. Die Leiche, die gestern im Landwehrkanal gefunden wurde, ist inzwischen als die des 28 Jahre alten Inspektors Karl Blau festgestellt worden. Blau hielt sich seit einiger Zeit stillungslos in Berlin auf und wohnte in der Dönhofs-Str. 10. Er war verheiratet und hinterließ eine Frau, aber keine Kinder. Ob Nord oder Südwest vorliegt, kann erst die Obduktion ergeben.

Der Zug der Zeit. Aus der ehemaligen Reimbahn im Sportpalast in der Potsdamer Straße ist nun auch ein Museum entstanden. Es ist gelungen, die einstige Reimbahn so umzugestalten, daß der gesamte Bau völlig die Form einer und größter deutscher Wohnbauten angenommen hat. Die Eröffnung ist für den 5. September angelegt und ist in Aussicht genommen, den Reimbahn „Die von der Liebe leben“ zur Aufführung zu bringen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Sozialdemokratischer Verein Berlin.

Das am 26. Juli für Treptow, Konzertgarten Blumental, angelegte Sommerfest findet nunmehr morgen, Sonntag, statt. Sämtliche nicht benutzte Billets haben für diesen Tag im oben genannten Lokal Gültigkeit. Eintrittskarten bei sämtlichen Funktionären erhältlich.

### Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg, Sonntag Sommerfest im Volkshaus, Köpenicker Str. 4, Anfang 5 Uhr, Eintritt 1 M. Plenum im Jugendheim, Köpenicker Str. 4, Vortrag: „Schiller's Jugend“.

## Neue Beunruhigung im Ruhrbergbau.

Am 22. Mai wurde vom Zentralverband der Maschinen- und Heizer an den Bechenerverband der rheinisch-westfälischen Bechener ein Antragsvermerk eingereicht zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinen- und Heizer im Ruhrbergbau. Der eingehendste Vortrag sollte vor allem die erheblichen Lohnunterschiede des Maschinen- und Kesselpersonals mit anderen Arbeiterkategorien ausgleichen. Stand doch beispielsweise der Hauerlohn früher 60 bis 80 M. über den Maschinen- und Heizerlohn, heute ist die Differenz 4 bis 5 M. pro Schicht. Weiter sollten die Besonderheiten des Bergbauverdienstes Berücksichtigung finden und außerdem die Organisation als Vertragskontrahent anerkannt werden. Es kam zu den verschiedenen Verhandlungen, am 15. Juni wurde der allgemeine Anschlag von 1,75 M. pro Schicht durchgeführt, noch waren jedoch die Wünsche des Maschinenpersonals nicht erfüllt. Der Bechenerverband lehnte den Maschinen- und Heizerverband als Vertragskontrahent stets ab. Sein Prinzip war, nur mit den vier Bergarbeiterverbänden Verträge abzuschließen. Nunmehr nahmen die organisierten Maschinen- und Heizer des West. In einer Revisionssitzung wurde beschlossen, wenn der Bechenerverband nicht innerhalb fünf Tagen die Forderungen der Arbeiter anerkennt, zur Arbeitsbestellung zu greifen. Noch einmal lehnte der Zentralverband alle Instanzen in Bewegung, um auf dem Verhandlungswege Einigung zu erzielen. Der Handelsminister beantragte für den 5. August eine Besprechung in Köln an, der Reichsarbeitsminister eine Schiedsgerichtsbearbeitung für den 4. August in Essen.

Die Verhandlung in Köln am 5. August unter Anwesenheit des Oberbergamts Pieler vom Oberbergamt Dortmund als Vertreter des Handelsministers und Beamtlicher ergab folgendes Resultat:

1. Die Abteile des Maschinen- und Kesselpersonals der holländischen Bechen müssen auf allen Bechen, abgesehen der holländischen Bechen, ab 1. Juli gültig, eingeführt werden.
2. Der Zentralverband der Maschinen- und Heizer wird als gleichberechtigter Vertragskontrahent anerkannt seitens des Bechenerverbandes.
3. Die Entscheidung des Bechenerverbandes zu diesen beiden Punkten muß bis Montagabend 7 Uhr eintreffen und wird die Revisionssitzung

